

Sachvortrag Siegfried Wilke

Der Jurist Siegfried Wilke war in drei verschiedenen Staatsformen und politischen Systemen erster rechtskundiger Bürgermeister der Stadt Kitzingen. Er gehörte zunächst keiner Partei an, zählte jedoch zum bürgerlich-protestantischen Lager und war national eingestellt.

Von 1930 bis 1933, also bis zum Ende der Weimarer Republik, war er Kitzingens Stadtoberhaupt. Während der NS-Zeit konnte er sich bis zu seiner Absetzung durch die amerikanische Militärbehörde im Mai 1945 durch rechtzeitigen Eintritt in die NSDAP im Amt halten. Nach seiner 1948 erfolgten Entnazifizierung (Gruppe IV der „Parteigänger und Mitläufer“) gelang ihm die Wiedereinstellung als Rechtsrat auf Probe bei der Stadt Kitzingen, Ende 1949 wurde er zum Beamten auf Lebenszeit ernannt. In der Adenauer-Ära trat er 1952 als Kandidat der „Freien Bürgerlichen Wahlgemeinschaft“ und des von der CSU und FDP unterstützten „Bürgerblocks“ zur Bürgermeisterwahl an und wurde mit großer Mehrheit erneut für sechs Jahre zum Stadtoberhaupt gewählt. Bei der Oberbürgermeisterwahl des Jahres 1958 unterlag Wilke dem gemeinsamen Kandidaten der CSU und SPD Dr. Oskar Klemmert deutlich.

Wilke wurde für seine Verdienste mehrfach geehrt. So wurde er 1956 mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet. Anlässlich der Feier seines 70. Geburtstages am 24. April 1961 erhielt er das Ehrenbürgerrecht der Stadt Kitzingen und 1991 ist ihm zu Ehren eine Straße benannt worden.

Mit Wilkes Namen sind u.a. folgende Projekte unmittelbar verknüpft: Entwicklung der Siedlung an der Mainbernheimer Straße, Förderung des Flugplatzes und Bau neuer Siedlungen für das Personal, Bau der neuen Mainbrücke, Ausbau des Mains zur Großschiffahrtsstraße, Schaffung des neuen Friedhofes, Umbau der alten Mainbrücke, Ausbau der neuen Mainlände, Errichtung der Siedlungsschule oder auch Bau der neuen Volksschule im Deusterpark.

Zur Legende der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde Wilke jedoch, weil es ihm zusammen mit dem Führer des sich auflösenden Volkssturms Georg Gernert und dem Fabrikanten Dr. Erich Arauner gelang, die in der Stadt verschanzten Kampftruppen angesichts der aussichtslosen Lage – amerikanische Truppen begannen bereits mit Artilleriebeschuss - zur kampflosen Räumung Kitzingens zu überreden. Somit konnten weitere Zerstörungen verhindert werden.

Eine Differenzierung zwischen Wilkes Amtsausführung in einer Diktatur und Demokratie fand jedoch in der Vergangenheit nie statt. Dies gilt es nun mit dem nötigen zeitlichen Abstand und mit großer Gründlichkeit nachzuholen, um der Person Siegfried Wilke gerecht zu werden und kein vorschnelles Urteil zu fällen. Fast ein halbes Jahr wurden alle städtischen Dokumente aus

den Jahren 1933 bis 1945 (an Akten allein schon 206 volle Kartons) sowie einschlägige Gestapo-Akten im Staatsarchiv Würzburg eingehend überprüft.

Ich fasse die Ergebnisse der umfangreichen Recherchen zusammen und möchte gleichzeitig betonen, dass es zu jedem Zitat exakte Quellenangaben gibt.

Nach den **Reichstagswahlen vom 5. März 1933**, die der NSDAP in Kitzingen die absolute Mehrheit bescherten, setzte sich der erstmals am 22. April tagende 20-köpfige Kitzinger Stadtrat aus 13 Mitgliedern der NSDAP, 4 der BVP und 3 der SPD zusammen. Oberbürgermeister blieb der noch parteilose, aber mit den Deutschnationalen sympathisierende Siegfried Wilke.

Knapp sechs Wochen vor der ersten Sitzung des neugewählten Stadtrats erfolgte am 10. März 1933 in ganz Deutschland die so genannte **Machtergreifung** der Nationalsozialisten. Als sichtbares Zeichen wurde auch in Kitzingen die Hakenkreuzfahne von den oberen Fenstern des Rathauses entrollt und vor dem Rathaus hielt der NSDAP-Ortsgruppenleiter, Studienprofessor Josef Ennerst, vor tausenden Menschen eine leidenschaftliche Rede. Für die politischen Gegner wurde dieser Tag zum Albtraum, denn mehr als 100 Personen aus dem Umkreis wurden ohne jeglichen Grund verhaftet und ins Würzburger Landgerichts-Gefängnis eingeliefert.

Unter den angeblichen Kommunisten, die in Schutzhaft genommen wurden, befand sich auch der jüdische Viehhändler **Benno Oppenheimer**. Die Verhaftung erfolgte, so die Gestapo-Akte im Staatsarchiv Würzburg, „**auf Anordnung (später heißt es auch Antrag) des 1. Bürgermeisters Wilke im Benehmen mit dem Stadtkommissär**“, der als politische Kontrolle des Bürgermeisters fungierte. Von Wilke ging wohl die Initiative nicht aus, er fungierte jedoch als Erfüllungsgehilfe der Nationalsozialisten und unterschrieb wunschgemäß und ohne Widerstand den Schutzhaftbefehl eigenmächtig im Namen des Stadtrats der Stadt Kitzingen, den es zu diesem Zeitpunkt gar nicht gab, da er sich noch nicht konstituiert hatte.

Als Grund gab Wilke in einem Fragebogen der Polizeidirektion München vom 27. März 1933, den er auch eigenhändig unterschrieb, an: „Oppenheimer hat sich kommunistisch betätigt. Er übte insbesondere verbotene Sammeltätigkeit für die Kommunisten aus.“ **Auf die schicksalsschwere Frage, ob er die Aufhebung des Schutzhaftbefehls befürworten würde oder nicht, antwortete er „Die Aufhebung wird nicht befürwortet!“**. Die Schutzhaft sei „auch zur Sicherheit seiner [Oppenheimers] eigenen Person notwendig. [...] Seine jedermann bekannte kommunistische Betätigung hatte in der nationalen Bevölkerung einen solchen Unwillen erregt, daß für die Sicherheit seiner Person keine Gewähr mehr übernommen werden konnte.“

Am 16.11.1933 wurde Oppenheimer vom Amtsgerichtsgefängnis in Kitzingen in das Konzentrationslager Dachau verlegt. Einen Monat später richtete dessen Anwalt ein weiteres Gesuch um Haftentlassung, das der Stadtkommissär beim Bezirksamt Kitzingen bejahte, er hätte nichts gegen eine Haftunterbrechung. **Bürgermeister Wilke jedoch erteilte im „Einvernehmen mit dem Herrn Sonderbeauftragten“ seine Zustimmung zur Entlassung aus der Schutzhaft ein zweites Mal nicht.**

Von diesem Zeitpunkt an wurde die Schutzhaft scheinbar verlängert, immer wieder neu überprüft und aus fadenscheinigen Gründen abgelehnt. Benno Oppenheimer verzweifelte, verlor den Mut und erhängte sich am 10. Mai 1940 in seiner Zelle im KZ Sachsenhausen.

Siegfried Wilke muss in der tragisch endenden Sache „Benno Oppenheimer“ vorgeworfen werden, dass er seine Unterschrift unter den Schutzhaftbefehl aus Karrieregründen nicht verweigerte. Er stellte sich in den Dienst einer unrechten Gewalttat und befürwortete sogar eine Verlängerung der Schutzhaft. Obwohl er zum Zeitpunkt der Verhaftung Oppenheimers noch nicht Parteimitglied war, erfüllte er die Wünsche und Anträge der Nationalsozialisten, um politisch zu überleben. Er hat sich mit den neuen Machthabern arrangiert und dabei alle moralischen und rechtlichen Grundsätze über Bord geworfen.

Dass Wilke als Bürgermeister der Stadt Kitzingen den Prozess der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten nicht nur hingenommen, sondern auch aktiv unterstützt, vorangetrieben und mitgestaltet hat, beweisen zahlreiche seiner politischen Entscheidungen.

Anfang April 1933 stellte die NSDAP Ortsgruppe Kitzingen zwei Anträge, deren Umsetzung Wilke in eigener Verantwortung wunschgemäß vorantrieb, weil zu dieser Zeit der neu gewählte Stadtrat noch nicht gebildet war und der alte handlungsunfähig war. Der erste Antrag wurde anlässlich des 44. Geburtstages von Adolf Hitler erfüllt, indem am 20. April die **Bahnhofstraße in „Adolf-Hitler-Straße“** umbenannt wurde.

Auch die Realisierung des zweiten Antrags ließ nicht lange auf sich warten, denn im Rahmen einer Festsitzung am 26. April 1933 erhob das neue Gremium den vorliegenden Antrag zum Stadtratsbeschluss und verlieh **Adolf Hitler die Ehrenbürgerwürde**, nachdem sich der immer noch parteilose Wilke im Vorfeld mit **„Freude persönlich für den Antrag der NSDAP“ eingesetzt** hatte. In seiner Rede anlässlich der Festsitzung des Stadtrats hob Wilke besonders Hitlers Bedeutung für das deutsche Volk in **„schwerster Notzeit“** hervor: **„Hitlers Verdienst ist es, daß wir heute mit Recht auf eine bessere Zukunft hoffen dürfen und daß das bolschewistische Chaos abgewendet wurde.“**

Kurz danach trat Wilke konsequenterweise der NSDAP bei und marschierte am Tag seines Parteibeitritts in vorderster Front, mit dem Hitlergruß salutierend, anlässlich der 1. Maifeier

durch Kitzingens Straßen. Fotos existieren davon im Stadtarchiv. Jedes neue Parteimitglied musste übrigens versichern, dass es „deutscher Abstammung und frei von jüdischem oder farbigem Rasseneinschlag“ sei und versprechen, als „treuer Gefolgsmann des Führers die Partei mit allen meinen Kräften zu fördern“.

Entsprechend verhielt sich Wilke als rechtskundiges Stadtoberhaupt und Identifikationsfigur. Als Chef der Verwaltung musste er sich selbstverständlich streng an alle aktuellen Gesetze und Verordnungen halten und diese in seinem Wirkungskreis erfüllen, wollte er noch im Amt bleiben. Dem Verwaltungsjuristen Wilke war deren Bedeutung und Konsequenz klar. So hielt er sich strikt an die Gesetzestexte, leitete Maßnahmen zur Bearbeitung an zuständige Stellen weiter und informierte den gleichgeschalteten Stadtrat über seine Entscheidungen, die dieser zur Kenntnis nahm und einstimmig billigte. Wilke war ein Rädchen in der NS-Maschinerie und verhielt sich parteikonform. Zu diesem Zeitpunkt konnte er schon nicht mehr anders handeln, denn alle seine Entscheidungen wurden von der Kreisleitung der NSDAP überwacht.

Exemplarisch einige Beschlüsse aus den Stadtratsprotokollen und Akten, die zum Teil auch auf Gesetzen und Verordnungen der neuen Machthaber beruhen und der NS-Ideologie entsprechen, aber auch Wilkes persönliche Handschrift tragen.

1. **Juni 1933:** „Der vom 1. Bürgermeister vor kurzem erlassene Aufruf **„Deutsche kauft nur in deutschen Geschäften“** soll nochmals wiederholt werden. Punkt 6: **„Waffen- und Jagdscheine** sollen für Juden nicht mehr ausgestellt werden. Bereits ausgestellte Waffen- und Jagdscheine sollen zurückgenommen werden.“
2. **August 1933:** „Den **Juden wird der Besuch des städtischen Mainbades** mit sofortiger Wirksamkeit **verboten**.“
3. **Februar 1934: Widerruf der Einbürgerung so genannter Ostjuden.** Betroffen waren die Familien Fuchs, Glückstein, Schönfeld und Bauer. Der Grund: Die Einbürgerung läuft den „völkisch-nationalen Grundsätzen der nationalsozialistischen Regierung zuwider“ und bedeutet einen **„unerwünschten Zuwachs der deutschen Bevölkerung“**.
4. **Frühjahr 1934:** Wilke tritt dem **„Ring der Freunde der Hitlerjugend“** bei. In einem Umlauf an sämtliche Beamte der Stadt Kitzingen schreibt er: **„Ich gebe mich der bestimmten Erwartung hin, dass sämtliche Beamte der Stadt ihren Kindern nicht nur den Weg zur HJ freigeben, sondern ihre Kinder veranlassen, sich in die HJ einzugliedern.“**
5. **März 1935:** Vereidigung des neuen Stadtrats. Ausgerechnet der in einer öffentlichen Stadtratssitzung 1930 demokratisch zum Bürgermeister gewählte Siegfried Wilke lobt in seinen Eingangsworten die **Beseitigung des Parlamentarismus, denn dieser hätte dazu geführt, „daß wir gegen Ende der Systemzeit dahin gekommen waren, wo wir**

tatsächlich gestanden seien, nämlich vor dem bolschewistischen Chaos“. Dies verdeutlicht Wilkes antidemokratische Einstellung.

6. **1936:** Wilke bittet um Genehmigung seiner **Ablehnung bezüglich der Verleihung von Ehrenkreuzen des Weltkrieges an zwölf Kriegsteilnehmer, da er sie für unwürdig** erachtet. Dem Gesuch wird stattgegeben. Es handelt sich um **kommunistische Funktionäre**, die in Schutzhaft waren. Wilke konnte sich dabei auf ein bestehendes Gesetz stützen.
7. **25. Juli 1938:** Sachvortrag Bürgermeister Wilke: „Der **Standesbeamte** ist im nationalsozialistischen Staat nicht nur beurkundender Registerführer, sondern er trägt die **Mitverantwortung für die artreine Erhaltung des Deutschen Volkes und das Zustandekommen erbgesunder Ehen** im Sinne der Blutschutz- und Ehegesetze.“
8. **15. Februar 1940:** Bürgermeister Wilke informiert die Beiräte, dass er beabsichtige, die **Synagoge** für die Stadt anzukaufen. Er möchte den Abbruch des Baues bis zur Sockeloberkante fachmännisch durchführen lassen. Das Projekt kommt zum Stocken, weil unklar ist, wer für die **Abbruchkosten** aufkommen soll. Die Synagoge ist anlässlich der Reichspogromnacht im November 1938 von Mitgliedern der SS und SA angezündet und zerstört worden. Dennoch möchte Wilke, der offensichtlich kein Unrecht darin erkennt, dass die „jüdische Landeskultusgemeinde“ selbst die gesamten Abbruchkosten übernimmt. Im Februar 1942 kann er einen Teilerfolg vermelden, denn die jüdische Kultusgemeinde übernimmt 2.000 Reichsmark der auf 10.000 RM geschätzten Kosten. Das ehemalige jüdische Gotteshaus wird zu einem Kriegsgefangenenlager umgebaut.
9. **1941: Beschäftigung von 4 Juden** für das Sammeln von Küchenabfällen im Ernährungshilfswerk Kitzingen. Die Stadt sollte diese vier Juden im Auftrag beschäftigen. Wilke lehnte jedoch generell eine „freiwillige Übernahme der Juden ab“ und schrieb, dass: „[...] **die Stadt Kitzingen ebenso ungern Juden in ihren Diensten beschäftigt wie die NSV [Nationalsozialistische Volkswohlfahrt]. Was für die NSV untragbar sei, sei auch für die Stadt ein zum mindesten ebenso unerwünschter Zustand.**“

Siegfried Wilke war zudem ein hervorragender Redner und Autor. Er passte sich schnell der Rhetorik und Haltung der Nationalsozialisten an, die ihm offensichtlich nicht so fremd war. Es finden sich dafür in den durchsuchten Akten, Stadtratsprotokollen und Zeitungsberichten unzählige Beispiele. So ließ er es sich nicht nehmen, eigenhändig Werbetexte über die Vorzüge seiner Stadt für überregionale Prospekte oder Sonderbeilagen in Zeitungen zu verfassen, die aus der Feder eines NS-Propagandaleiters hätten stammen können.

Ende 1935 verfasste er den Artikel „**Kitzingen im Vormarsch**“ für die „Mainfränkische Zeitung“. Darin bezeichnete er voller Pathos die Stadt Kitzingen als „**eine Hochburg des nationalsozialistischen Gedankens und der nationalsozialistischen Bewegung in**

Mainfranken“, die nach der „Machtübernahme in vorderster Reihe weitergekämpft hat und sich im Kampf um den Wiederaufbau von Volk und Vaterland von niemand den Rang hat ablaufen lassen.“ Weitere Auszüge: „Von der **befreienden Tat des Führers und dem nationalsozialistischen Aufbruch ist kaum eine zweite Stadt Mainfrankens so unmittelbar und so stark und so nachhaltig segensreich berührt und beeinflusst worden wie Kitzingen.** [...] Noch im Laufe des Jahres 1933 hat sich das Gesicht der Stadt völlig verwandelt, [...] an Stelle der hoffnungslosen Arbeitslosen belebten wieder **Menschen die Straßen der Stadt, denen man aus den leuchtenden Augen lesen kann, dass sie im Vertrauen auf den Führer wieder hoffnungsfroh in die Zukunft zu schauen** gelernt hatten. [...] **Dass Kitzingen ein immer beachtlicherer Faktor bei dem großen Aufbauwerk des Führers werde, das ist das Ziel,** das die Stadt Kitzingen auch für die Zukunft zäh weiter verfolgen wird.“

Vor der Reichstagswahl 1935 trat Wilke als Redner auf Wahlkundgebungen der NSDAP auf und rührte fleißig die **Werbetrommel für Hitler.** Er erinnerte daran, was sich in der Mainstadt in den letzten drei Jahren alles zum Positiven verändert habe: Keine mutlosen Erwerbslosen mehr, keine „verloottete Jugend“, kein Kampf „jeder gegen jeden“ und keine leeren städtischen Kassen. Dafür jedoch „überall wieder Leben und Freude“, die „Kolonnen der Arbeitslosen sind aus dem Stadtbild verschwunden“, die Jugend ist diszipliniert, Kitzingen ist Garnisonsstadt geworden, neue Bauten „schießen wie die Pilze aus der Erde“ und schließlich herrscht jetzt auch überall „Zucht und Ordnung“ sowie „Eintracht und Friede“. **Wilke endete mit dem Aufruf „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“**

Über den 1937 begonnenen Bau der neuen Mainbrücke schwelgte Wilke mit folgenden Worten: „**Die neue Kitzinger Mainbrücke wird ein sinnfälliger Ausdruck werden der Initiative, des starken Willens und der zähen Kraft des jungen Reiches Adolf Hitlers.**“ Bei zwei Straßenumbenennungen im April des Jahres (aus Großlangheimer Straße wird „Richtofen-Straße“ und die Straße zur Flakkaserne heißt „General-Wever-Straße“) endet Wilke seine Rede mit den Worten: „**Diese Straßen sollen [...] aber auch Mahnmale sein, daß wir uns immer erneut dem Führer verpflichten und für ihn arbeiten wollen bis zum Tode.**“

Jahresschlusssitzung 1938: [...] Im Jahre 1938 hat der **Führer in seiner genialen Weise** einen langgehegten Wunsch aller Deutschen verwirklicht. Er hat uns **Grossdeutschland** geschenkt. Dafür wissen wir alle, die sich mit Recht Deutsche nennen, dem Führer heißen Dank.“ Ein Jahr später, zum gleichen Anlass, spricht Wilke den Wunsch aus, „möge uns das

Neue Jahr einen baldigen **Sieg der gerechten Sache Adolf Hitlers und Großdeutschlands bringen!**“

Im **Jahresbericht 1939** wählt Wilke scharfe Worte in Richtung der Kriegsgegner [...] in der Zeit des Krieges, den ein **neidisches, hinterhältiges und ränkesüchtiges England** uns aufgezwungen hat.“

Die letzte Stadtratssitzung während der NS-Zeit am 22. Dezember 1944 beendete Wilke mit einem hoffnungsvollen Ausblick auf das kommende Jahr 1945: **Möge uns das Jahr 1945 den endgültigen Sieg unserer Waffen bescheren** [...] und recht glücklich für uns alle, für den Führer und für unser deutsches Reich werden.“ Zwei Monate später folgte der verheerende Luftangriff auf Kitzingen, der alle Hoffnungen und guten Wünsche zerstörte.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Siegfried Wilke aus heutiger Sicht und mit dem nötigen zeitlichem Abstand als Paradebeispiel eines Opportunisten bezeichnet werden muss!

Um nach der Machtergreifung 1933 im Amt zu bleiben, wurde er Mitglied der NSDAP und arrangierte sich mit den Nationalsozialisten, übernahm dabei deren Rhetorik und Haltung. Ihm fehlte die „**psychologische Distanz**“ zur NSDAP, was sich in deckungsgleichen programmatischen Erklärungen, in den militärischen Umgangsformen und denselben patriotischen Einstellungen äußerte. **Wilke befand sich in seinem Denken und Handeln in der Nähe der NSDAP, so dass es ihm möglich war, während der NS-Machtergreifung im Amt zu bleiben.** (Zitat von Archivrat Dr. Alexander Wolz, Leiter des Staatsarchivs Würzburg). Als Bürgermeister war er darüber hinaus „Vorbild“ und „Identifikationsfigur“ für viele Kitzingerinnen und Kitzinger und lieferte diesen durch sein Tun die Rechtfertigung für das Ihrige. (Bernd Moser, Stellungnahme vom 11. Mai 2021).

Wilke hätte jedoch auch eine andere Wahl gehabt: er hätte aus Gewissensgründen sein Amt niederlegen können, wogegen jedoch sein politischer Machtwille und Ehrgeiz sprachen, aber eindeutig auch die Nähe zur nationalsozialistischen Ideologie. Er war nicht nur ein Opportunist, sondern er fungierte auch als **Unterstützer und Erfüllungsgehilfe des NS-Unrechtsstaates.**

Erinnerung an Wilkes Verdienste und Bedeutung in der Geschichte Kitzingens sollte sein, aber die Ehrung seiner Person in Anbetracht seiner Funktion in der NS-Zeit nicht! **Wilke hat sich nie klar gegen das NS-Regime gestellt, er hat es vielmehr toleriert und war auch Nutznießer. Er hat nie ernsthaft versucht, gegen die NSDAP vorzugehen, sondern sich in einer Weise angepasst, die mit demokratischen und christlichen Grundsätzen nichts mehr zu tun hatte.**

In Zeiten von steigendem Antisemitismus kann die Stadt Kitzingen nun ein Zeichen setzen. Daher plädiere ich für die Umbenennung der Straße, ungeachtet von Wilkes Verdiensten für die Stadt Kitzingen, die jedoch für ein Festhalten am Straßennamen nicht dienen können. Ich folge hiermit den Empfehlungen der Würzburger Kommission bei Straßenumbenennungen, wonach Straßen dann umbenannt werden sollen, wenn gesicherte historische Fakten zugrunde liegen und die Namensgeber in eine von drei Kategorien fallen.

Darunter auch folgende:

„Personen, die sich aktiv in den Dienst des NS-Regimes gestellt haben - etwa durch Propaganda“. Dies trifft auf Wilke zu.

Kitzingen, den 13. September 2021



Doris Badel M.A.

(Leiterin des Stadtarchivs)